

WP-04-356 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND NRW

Beschlussdatum: 29.10.2026

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 355 bis 357:

können. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen und wachsender Einsamkeit unter jungen Menschen prüfen wir zudem ~~die Einrichtung~~ den Ausbau niedrigschwelliger psychotherapeutischer und psychosozialer ~~Ambulanzen~~ Einrichtungen.

Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen häufig monatelang auf einen Psychotherapieplatz warten. Wir wollen die psychotherapeutische Versorgung deutlich verbessern und Wartezeiten nachhaltig verkürzen. Dafür braucht es mehr Kassensitze. Gleichzeitig fehlt es an ausreichend finanzierten Weiterbildungsplätzen für Fachpsychotherapeut*innen. Obwohl viele Absolvent:innen des Psychologiestudiums die Approbationsprüfung zu*r Psychotherapeut*in erfolgreich abgeschlossen haben, können sie ihre Weiterbildung häufig nicht aufnehmen. Wir fordern deshalb eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Weiterbildung zu*r Fachpsychotherapeut*in. Die Aufgabe der Finanzierung der Weiterbildung darf hier nicht allein in der Verantwortung des Leistungserbringers, also beispielsweise der Klinik, der Praxis, oder der Beratungsstelle liegen, da er sonst die gesamte Weiterbildung aus dem wirtschaftlichen Ergebnis der Weiterzubildenden refinanzieren muss. Stattdessen soll zusätzlich zu einer vom Leistungserbringer erbrachten Grundfinanzierung der Stelle auch von der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und den Leistungsträger, sprich gesetzlichen und privaten Krankenkassenvereinigungen (GKV und PKV) ein Beitrag kommen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die hier geleisteten Beiträge der GKV an diese zurückzahlt.

Darüber hinaus muss eine angemessene Vergütung psychotherapeutischer Leistungen sichergestellt werden. Kürzungen dürfen nicht dazu führen, dass gesetzlich Versicherte ihre Psychotherapie selbst bezahlen müssen oder gegenüber Privatversicherten benachteiligt werden. Eine gute psychotherapeutische Versorgung braucht eine langfristig gesicherte Finanzierung. An psychischer Gesundheit darf nicht gespart werden.

Gleichzeitig müssen wir bestehende Stigmata rund um psychische Erkrankungen gezielt abbauen: Durch verlässliche Aufklärung, den Ausbau der Gesundheitskompetenz und den Ausbau von Hilfsangeboten sorgen wir dafür, dass die mentale Gesundheit als selbstverständlicher Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung und Lebensrealität wahrgenommen wird.